




Albanien

Länderinformation

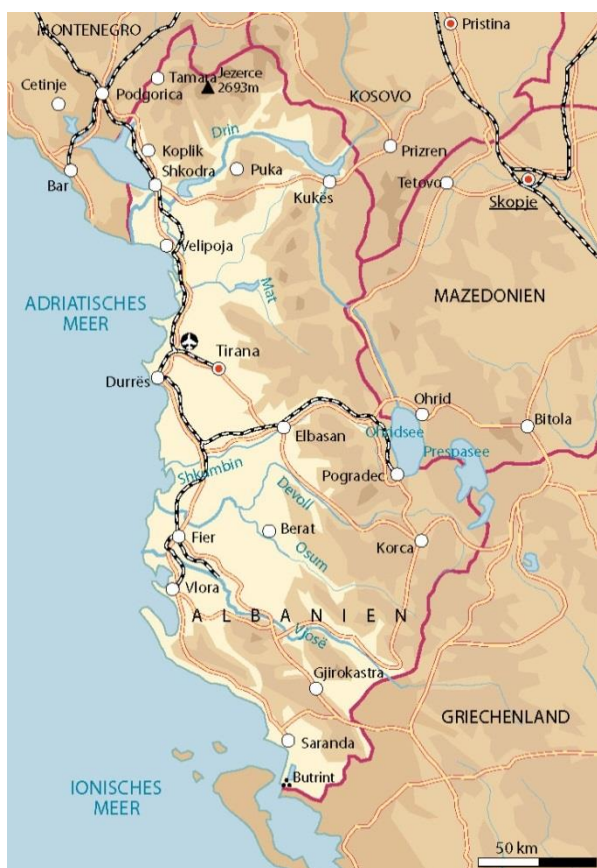
 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian**
Development
Agency

Einleitung

Albanien hat in den letzten 20 Jahren beachtliche Entwicklungsfortschritte gemacht. Vor allem in der Armutsminderung, beim Wirtschaftswachstum und bei der Annäherung an die Europäische Union (EU) kann das Land Erfolge verbuchen. Im Human Development Index liegt Albanien auf Platz 69 von 189 Ländern.

Im Juni 2014 sprach der Europäische Rat Albanien den Status eines Beitrittskandidaten zu. Für die EU-Integration und die weitere soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung bedarf es jedoch noch maßgeblicher Reformschritte. Das gilt vor allem für die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichstellung, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung.



BASISDATEN

Landesname	Republik Albanien
Unabhängigkeit	28. November 1912
Staatsform	Parlamentarische Demokratie
Staatsoberhaupt	Staatspräsident Ilir Meta
Regierungschef	Premierminister Edi Rama (SP)
Außenminister	Edi Rama
Fläche	28.748 km ²
Bevölkerung	2,82 Mio.
Bevölkerungswachstum	-0,2 % jährlich (2018)
Alphabetisierung	98 % (2018)
Lebenserwartung	Frauen 81, Männer 76
HDI (Human Development Index)	0,791 (max. 1), 69. Stelle von 189
GII (Gender Inequality Index)	0,234, 51. Stelle von 162
BIP	15,3 Mrd. US-Dollar (2018)
BIP pro Kopf	5.300 US-Dollar (2018)
Jährliches Wachstum des BIP	4,1 % (2018)
Armut	14,3 % (2005–2014)
Bevölkerung mit verbessertem/ nachhaltigem Zugang zu sauberem Wasser	95 %

Quellen:
 Factsheet der ÖB Tirana
<http://data.worldbank.org/indicator>
 Human Development Report

Albanien bekommt in seinem Reformprozess Unterstützung von internationalen Gebern. Österreich wird wegen seiner Expertise, Professionalität, Verlässlichkeit und seines partnerschaftlichen Zugangs sehr geschätzt. Es hat aufgrund seiner geopolitischen Lage besonderes Interesse an der Stabilität, der raschen sozial und ökologisch verträglichen wirtschaftlichen Entwicklung und der regionalen und europäischen Integration der südosteuropäischen Länder. Albanien ist daher seit 1992 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Politische Situation

Albanien erlangte 1912 die Unabhängigkeit. 1944 übernahmen die Kommunisten unter Führung von Enver Hoxha die Macht. Dieser etablierte in den Folgejahren unter Ausschaltung jeglicher Opposition eine kommunistische Einparteienherrschaft. Nach Hoxhas Tod im Jahr 1985 übernahm sein politischer Erbe Ramiz Alia die Führung des Landes. 1990 gab es erste Demonstrationen gegen das Regime und tausende Albanerinnen und Albaner flohen in westliche Botschaften. Im Herbst 1990 ließ sich die zuerst von Studentinnen und Studenten getragene antikommunistische Bewegung in Tirana nicht mehr unterdrücken. Das Regime musste mit den Aufständischen verhandeln. Ergebnis waren die Parlamentswahlen im Jahr 1991. Sie waren jedoch nicht frei, die Kommunistische Partei gewann. 1992 fanden die ersten freien Wahlen statt, die Demokraten gingen als Sieger hervor. 1997 kam es zur Anarchie, nachdem mehrere Geldanlagefonds kollabiert waren. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen Mitte 1997 gewannen die Sozialisten. 1998 wurde die neue Verfassung per Referendum angenommen.

Heute ist Albanien eine Verfassungsrepublik mit einem Mehrparteiensystem, in dem der albanische Präsident das Staatsoberhaupt und der albanische Premierminister der Regierungschef ist. Die Parlamentswahlen 2017 brachten einen deutlichen und in dieser Höhe nicht erwarteten Sieg des seit 2013 amtierenden Premierministers Edi Rama und seiner Sozialistischen Partei (PS). Diese verfügt damit für die nächsten Jahre über eine absolute Mandatsmehrheit (74 von 140 Mandaten). Oppositionsparteien sind die Demokratische Partei (PD) unter Lulzim Basha (43 Mandate), die Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) (19 Mandate), die Kleinpartei Partei für Gerechtigkeit, Integration und Einheit (PDIU) (3 Mandate) und die Sozialdemokratische Partei (PSD) (1 Mandat). Die Wahlbeteiligung fiel von 53,5 Prozent im Jahr 2013 auf 46,6 Prozent 2017. Diese Zahl berücksichtigt auch die vielen im Ausland lebenden Albanerinnen und Albaner, die Wahlbeteiligung der derzeit im Land lebenden Menschen lag bei rund 70 Prozent. Anfang 2020 einigten sich Regierung und Opposition grundsätzlich auf eine Wahlrechtsreform, die derzeit im Gange ist.

Wirtschaftsentwicklung

Während der ersten Millenniumsdekade hatte Albanien die am schnellsten wachsende Wirtschaft in Europa mit Wachstumsraten von durchschnittlich 6 Prozent. In dieser Zeit reduzierte sich die Armutsrate von 25,4 auf 12,5 Prozent. Infolge der globalen Krise 2008 sank das Wachstum auf durchschnittlich 1,7 Prozent. Seit 2013 ist es wieder am Steigen. Die Wachstumsrate für 2018 lag bei 4,15 Prozent. Dieser positive Trend könnte sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Nachhaltiges und umfassendes Wirtschaftswachstum ist auch ein Schwerpunkt im Programm der derzeitigen Regierung (Rama II). Diese strebt ein Wachstum von 4 bis 6 Prozent jährlich und ein öffentliches Investitionsprogramm im Ausmaß von 1 Milliarde Euro an. Außerdem möchte sie die Staatsverschuldung auf 60 Prozent und die Arbeitslosigkeit auf ein einstelliges Niveau senken. Die Regierung plant außerdem, die Gehälter und Renten öffentlich Bediensteter deutlich zu erhöhen und die Armut zu senken. Die Jahresinflation lag 2018 bei rund 2 Prozent. Das Ziel der albanischen Nationalbank ist eine Jahresinflation von maximal 3 Prozent. Besorgniserregend ist die Höhe der Gesamtverschuldung, die im September 2019 bei rund 63 Prozent lag.

Die offizielle Arbeitslosenrate lag 2018 bei 12,2 Prozent. Besonders betroffen sind derzeit jüngere Arbeitssuchende. Im Alterssegment der 15- bis 19-Jährigen betrug die offizielle Arbeitslosenquote bis zum dritten Quartal 2018 23,3 Prozent. Schätzungen zufolge macht der Anteil an informellen, statistisch nicht erfassten Arbeitsverhältnissen zwischen 30 und 40 Prozent aus.

Der monatliche Durchschnittslohn betrug im Jahr 2018 rund 515 Euro. Der offizielle Mindestlohn liegt bei rund 210 Euro.

Annäherung an die Europäische Union

Ein Erfolg Albaniens auf internationaler Ebene war die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union im Jahr 2006. Es trat 2009 in Kraft. Bedeutend für das Land waren auch die NATO-Mitgliedschaft 2009, der Antrag auf EU-Mitgliedschaft 2009, die Visaliberalisierung für den Schengenraum im Jahr 2010 und der Status eines EU-Beitrittskandidaten 2014. Im April 2018 hat die Europäische Kommission eine Empfehlung zur Aufnahme der EU-Beitrittsgespräche ausgesprochen.

Für den Beginn der Beitrittsverhandlungen sind Reformen in der öffentlichen Verwaltung und Justiz notwendig. Weitere Bedingung sind Fortschritte im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Auch hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter besteht weiterhin Handlungsbedarf. Vor allem die Umsetzung der wirtschaftlichen Rechte von Frauen, ihre Repräsentanz auf politischer Ebene sowie die effektive Bekämpfung häuslicher Gewalt müssen verbessert werden.

Land mit Potenzialen

Albanien verfügt über viele Potenziale. Seine geografische Lage macht das Mittelmeerland zu einer natürlichen Drehscheibe für Handelsbeziehungen in Südosteuropa und im gesamten Mittelmeerraum. Umfangreiche Energie- und Wasservorräte liegen noch brach. Die lange Küste, beeindruckende Berglandschaften und das mediterrane Klima bieten ideale Voraussetzungen für sanften Tourismus. Die zahlreichen landwirtschaftlich kaum genutzten Flächen sind ein gutes Fundament für eine florierende Landwirtschaft. Eine junge, dynamische, zukunftsorientierte Gesellschaft bildet eine vielversprechende Basis für die weitere sozioökonomische Entwicklung. Investitionen in Bildung und Weiterbildungsmöglichkeiten auf europäischem Niveau sowie in moderne Kommunikation sind notwendig, um auf dem regionalen und globalen Markt erfolgreich bestehen zu können.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Albanien und Österreich

Wie alle Staaten der Region verfolgt auch Albanien die Integration in die Europäische Union als prioritäres Ziel. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Albanien bei der Heranführung an die EU und bei der Armutsminderung.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die österreichischen Förderungen konzentrieren sie sich auf den Aufbau einer leistungsstarken Verwaltung und die Vermittlung von Know-how im Bereich Wassermanagement und arbeitsmarktorientierte Berufsbildung. So tragen sie zur Umsetzung der nationalen Sektorstrategien sowie zur Heranführung an die EU bei.

Weitere Schwerpunkte sind die Förderung von Geschlechtergleichstellung, die Einführung von sozialen Standards für Schutzbedürftige und zur Wahrung der Menschenrechte sowie die regionale Entwicklung.

Zur sozioökonomischen Entwicklung eines Landes muss ein gut funktionierender öffentlicher Sektor Prinzipien wie Transparenz und Partizipation achten und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen. Auch Rechtssicherheit und eine lebendige Zivilgesellschaft sind zentral. Dies alles trägt zu menschlicher Sicherheit, Armutsminderung und Umweltschutz bei. Die Förderung von guter Regierungs-

führung sowie die Einhaltung der Menschenrechte sind daher für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in allen Arbeitsbereichen von grundlegender Bedeutung.

ODA Österreichs an Albanien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)¹ an Albanien beliefen sich zwischen 1995 und 2018 auf 142,67 Millionen Euro. Die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) betragen im gleichen Zeitraum 44,61 Millionen Euro.

ODA Österreichs an Albanien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
bilaterale ODA gesamt an Albanien in Mio. Euro	7,62	9,83	9,27	7,78	8,06	8,26
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,86	2,05	1,31	0,87	1,51	2,02
OEZA/ADA an Albanien in Mio. Euro	1,51	2,07	1,85	1,35	2,22	1,76
OEZA/ADA an Albanien in % der ges. OEZA/ADA Leistungen (ODA)	1,78	2,69	2,50	1,71	2,38	2,04

Quelle: ADA-Statistik

Projektbeispiele

Integriertes Wassermanagement

In Albanien Wassersektor mangelt es an Kapazitäten und Know-how. Entscheidungen auf zentraler und/oder lokaler Ebene werden nicht koordiniert gefällt und sind oft schwerfällig. Das macht die Angleichung an das EU-Recht und seine Durchsetzung schwierig. Strategien einzelner Behörden Albanien sind noch nicht aufeinander abgestimmt. Die albanischen Wasserwerke sind daher ineffizient und nicht rentabel. Das Tarifsysteem ist intransparent. 20 Prozent der Albanerinnen und Albaner sind noch nicht an die Trinkwasserversorgung angeschlossen. Nur 62 Prozent der Haushalte nutzen das Abwassersystem.

Vertragspartner:
Europäische Union
Laufzeit:
02/2018–01/2022
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro
EU-Beitrag:
1,6 Mio. Euro

Ein Projekt, das von der EU und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird, soll die Situation ändern: Es soll den rechtlichen und institutionellen Rahmen im Wassersektor verbessern. Denn zur erfolgreichen Bewirtschaftung der landesweiten Wasserressourcen braucht es ein integriertes Management und eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung. Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, setzt das Projekt um.

Ziel ist es, den gesetzlichen Rahmen des Landes im Bereich der Wasserwirtschaft in Einklang mit EU-Recht zu bringen. Dazu werden Bewirtschaftungspläne für ausgewählte Flusseinzugsgebiete vorbereitet. Als Richtschnur für die Tarifstruktur dient die EU-Wasserrahmenrichtlinie. Damit wird der nationale albanische Haushaltsrahmen für die Wassergewinnung und den Wasserverbrauch abgestimmt.

Die ADA arbeitet eng mit der 2018 geschaffenen nationalen Agentur für Wasserressourcen-Management, dem Büro des Premierministers, der EU und Behörden auf lokaler Ebene zusammen. 2,9 Millionen Albanerinnen und Albaner bekommen dadurch einen besseren Zugang zu Trinkwasser mit erhöhter Wasserqualität. Das trägt wesentlich zu mehr Gesundheit und besseren Lebensbedingungen bei.

¹ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Regionale Entwicklung

Um die Kluft zwischen Arm und Reich landesweit zu verringern, unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit abgelegene Regionen dabei, die regionale Entwicklung zu fördern. Die Regierung erhält Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Gesetzes für Regionalentwicklung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ausgewählten Gemeinden bekommen Schulungen. Sie lernen mehr über strategische Planung, Budgetierung sowie über die Ausarbeitung, Finanzierung und das Management regionaler Entwicklungsprojekte. Dabei werden wirtschaftliche und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Das Programm forciert außerdem Partnerschaften zwischen Gemeinden und anderen Akteuren der Gesellschaft und kofinanziert Entwicklungsprojekte von Gemeinden durch einen Fonds.

Das Programm basiert auf den Lernerfahrungen früherer Regionalentwicklungsprogramme. Dazu zählen erfolgreiche Beispiele in Nordalbanien wie die Errichtung von Radwegen, Gästehäusern und Straßenbeleuchtung, die Vermarktung von Kunsthandwerk und lokalen Spezialitäten, die Restaurierung eines Museums, der Bau eines Abwasserkanals, eines Jugendzentrums und einer Promenade mit Bootsanlegestelle am Shkodra See oder die Gründung von Imkervereinen.

Effiziente Gerichtsverfahren

Ineffiziente Gerichte untergraben in Albanien das Recht auf richterliches Gehör und auf ein Gerichtsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist. Die Ineffizienz schürt das Bestechungssystem und das Misstrauen der Öffentlichkeit. Das lange Warten auf Gerichtsverfahren zu verkürzen ist daher ein wichtiges nationales Anliegen.

Ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstütztes Projekt der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) half Richterinnen und Richtern im ganzen Land, ein individuelles Fallmanagement zu erstellen. Dadurch steigerte sich die Effizienz der Gerichtsverhandlungen in 18 Bezirksgerichten um 20 Prozent. Im Durchschnitt gibt es weniger Ausfälle von Verhandlungen: in Zivilangelegenheiten um 10 Prozent und bei Kriminalfällen um 8 Prozent.

Rechtsexpertinnen und -experten der OSZE waren im ständigen Austausch mit 1.500 Richterinnen und Richtern, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie Rechts- und Staatsanwältinnen und -anwälten. Dabei arbeiteten sie auch mit der Gerichtskanzlei, dem Richterrat und dem Justizministerium zusammen.

Praxisorientierte Berufsausbildung in Tourismusschulen

Der Tourismussektor in Albanien hat großes Potenzial, den Menschen Beschäftigung zu bringen und zum Wirtschaftswachstum beizutragen. Eine der vier Entwicklungsprioritäten Albaniens ist es daher, die Qualität der touristischen Dienstleistungen zu erhöhen. Gute Ausbildungsmöglichkeiten sind dafür zentral. Sie müssen den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht und für mehr Menschen zugänglich werden.

Dabei unterstützt das Projekt "AI-Tour". Es wurden Berufsstandards für fünf Tourismusberufe entwickelt. Zwei neu etablierte Modellschulen erhielten einen komplett neuen Lehrplan. Dieser dient als Vorbild für alle anderen Tourismusschulen. Auch gendersensibler Unterricht ist darin Thema. Einen wichtigen Stellenwert haben Praktika, wofür es Koordinatorinnen und Koordinatoren gibt.

Vom Projekt profitieren rund 150 Schulleiterinnen und -leiter, Berufsschullehrerinnen und -lehrer, Trainerinnen und Trainer, Praktikumskoordinatorinnen und -koordinatoren und Internatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie 2.500 Schülerinnen und Schüler, 50 Auszubildende und rund 40 Unternehmen.

Vertragspartner:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Laufzeit:

04/2019–03/23

OEZA-Beitrag:

1.500.000 Euro

Vertragspartner:

OSZE

Laufzeit:

03/2016–12/2019

OEZA-Beitrag:

231.000 Euro

Vertragspartner:

Kulturkontakt Austria

Laufzeit:

04/2016–07/2020

OEZA-Beitrag:

837.000 Euro

Bessere Lebensbedingungen für sozial schwache Familien

Ob Hoffnungs- oder Arbeitslosigkeit, materielle Verelendung oder Bildungsbereitschaft – die Beweggründe, den Lebensmittelpunkt dauerhaft zu ändern, können sehr verschieden sein. Im Jahr 2013 betrug laut Eurostat die Zahl der asylsuchenden Albanerinnen und Albaner in der EU 31.240. Zwei Jahre später lag diese Zahl bereits bei 60.220. Davon waren ein Drittel Minderjährige. Insgesamt jedoch ist die Zahl jener, die dem Land den Rücken kehren, also auch einschließlich der Personen, die keinen Asylantrag stellen, noch höher. Das zeigt sich in der jährlichen Bevölkerungsabnahme von 0,3 Prozent.

Für die meisten Asylsuchenden bzw. Auswanderinnen und Auswanderer geht der Traum vom goldenen Westen nicht in Erfüllung und bei der Rückkehr in die Heimat wartet der graue Alltag. Vor allem für Kinder und Jugendliche ist die Reintegration nach einer längeren Unterbrechung des Schulalltages schwierig. Deshalb setzte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bei der Verbesserung der Lebensbedingungen von 154 sozial schwachen Familien in den Stadtbezirken Shkodra, Lezha, Korca und Fier an. Ziel war es, Migration aus wirtschaftlicher Not zu verhindern und die Reintegration zu erleichtern. 76 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der staatlichen Fürsorgeeinrichtungen wurden speziell geschult und Kinder außerschulisch gefördert, um im Schulunterricht mithalten zu können. Jugendliche erhielten eine praktische Ausbildung und Eltern wurden dabei unterstützt, durch selbstständige Tätigkeiten Einkommen zu erlangen.

Regional übergreifende Projekte

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Albanien mit vielen regionalen Initiativen und Programmen in den Bereichen Umwelt, Berufsbildung und Soziales. Sie trägt dadurch zu regionalem Austausch und Vernetzung bei.

Frauen aus dem Abseits

In Albanien, Serbien und Kosovo geben nach wie vor oft Männer den Ton an. Frauen haben zum Teil beschränkten Zugang zu Berufsbildung, Beschäftigung, Rechtsprechung und Gesundheit und verfügen über ein geringeres Einkommen. Vor allem in den ländlichen Gebieten sind die traditionellen Gesellschaftsstrukturen nach wie vor sehr stark verankert.

Eine Kooperation der Volkshilfe Solidarität mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen sorgte dafür, dass Frauen und Jugendliche einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Durch Weiter- und Ausbildungen in Sozialberufen oder im Tourismus, in der Biolandwirtschaft und in Produktmarketing sind die Frauen und Jugendlichen nun besser qualifiziert. Das bringt ihnen höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auch bei der Arbeitssuche erhielten sie Unterstützung. Beratung und Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen halfen ihnen bei der Gründung von Kleinunternehmen.

Traditionelle Rollenbilder aufbrechen

Will man traditionelle Rollenbilder aufbrechen, muss man möglichst früh ansetzen – etwa in der Schule. In Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo sowie Serbien soll mittelfristig an allen Schulen ein Programm eingeführt werden, das ungleiche Machtbeziehungen zwischen Männern und Frauen sichtbar macht und insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt bekämpft. Die Jugendlichen setzen sich in diesem Programm kritisch mit Werterhaltungen, Geschlechterrollen, geschlechtsspezifischer Gewalt und Aggression, Extremismus, Homophobie oder Drogenmissbrauch auseinander. Interaktive Methoden helfen dabei, soziale Kompetenzen zu entwickeln, konstruktiv mit Emotionen umzugehen und Lebenskrisen zu bewältigen.

300 Lehrende, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Studierende erhalten Trainings zu innovativen und interaktiven Unterrichtsmethoden und deren Vermittlung. Im Sinne der Nachhaltigkeit erfolgt auch eine enge Kooperation mit Pädagogischen

Vertragspartner:

Terre des Hommes (TdH)

Laufzeit:

04/2016–06/2019

OEZA-Beitrag:

472.000 Euro

Vertragspartner:

Volkshilfe Solidarität

Laufzeit:

11/2017–12/2019

OEZA-Beitrag:

1.000.000 Euro

Vertragspartner:

CARE Österreich, Verein für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Laufzeit:

10/2017–09/2020

OEZA-Beitrag:

900.000 Euro

Hochschulen, Sozialeinrichtungen und lokalen Behörden. Auch die zuständigen Ministerien sowie zahlreiche Schulen sind in die Aktivitäten eingebunden. Mit öffentlichen Kampagnen und Bürgerinnen- und Bürgerbewegungen zu den Themen Gewaltfreiheit und Geschlechtergleichstellung will man Väter und andere männliche Vorbilder erreichen. So soll sich auch Bewusstsein in der Gesellschaft entwickeln, wie bedeutend Programme zur Gewaltprävention an Schulen sind.

Service

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft

Rruga Xibrakeve 4, Tirana, Albanien
Tel.: (+355 4) 22 74 855, (+355 4) 22 74 856
Fax: (+355 4) 22 33 140
E-Mail: tirana-ob@bmeia.gv.at
www.aussenministerium.at/tirana

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit

Rruga Mustafa Matohiti, Pallati ABAU No. 1/7, Tirana, Albanien
Postanschrift: Kutia Postare 222/1, Tirana
Tel.: (+355 4) 22 35 717
Fax: (+355 4) 22 34 546
E-Mail: tirana@ada.gv.at
www.entwicklung.at

Österreichisches Honorarkonsulat

(ohne Passbefugnis)
Lagja Vasil Shanto, Rruga Vaso Kadia no.170, Shkoder, Albanien
E-Mail: gjergileqeja@shkodra-honorarkonsulat.com

Österreichisches Honorarkonsulat

(ohne Passbefugnis)
Pallati i Kultures Laberia
Rruga Hektor Shyti 2
Vlora, Albanien
Tel.: (+355) 69 207 4620
Tel.: (+355) 68 205 0267

Botschaft der Republik Albanien

Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien
Tel.: (+43 1) 328 86 56
Fax: (+43 1) 328 86 58
E-Mail: embassy.vienna@mfa.gov.al
<http://www.kryeministria.al>

Konsularabteilung der Botschaft der Republik Albanien

Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien
Tel.: (+43 1) 328 86 56
Fax: (+43 1) 328 86 58
E-Mail: embassy.vienna@mfa.gov.al

Handelsabteilung der Botschaft der Republik Albanien

Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien
Tel.: (+43 1) 328 86 56
Fax: (+43 1) 328 86 58
E-Mail: embassy.vienna@mfa.gov.al

Links

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedosteuropa/albanien>

Albanische Regierung: <http://www.kryeministria.al/>

Albanisches Parlament: <http://www.parlament.al/>

Weltbank: World Development Indicators Database

<http://data.worldbank.org/indicator>

Vereinte Nationen: <http://www.un.org>